

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen · Altenwall 25 · 28195 Bremen

Landesverband Bremen

Geschäftsstelle
Altenwall 25
28195 Bremen
Tel.: +49 (421) 3011 100
info@gruene-bremen.de

Bremen, 3. Februar 2023

Antwort auf Ihre Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Dr. Scheuer,

vielen Dank für die Einsendung Ihrer Wahlprüfsteine, die wir Ihnen hiermit beantworten. Wir freuen uns darauf, in der kommenden Legislaturperiode mit Ihnen im Austausch zu bleiben.

Mit freundlichen Grüßen,
Alexandra Werwath & Florian Pfeffer
Landesvorstandssprecher*innen

--

1. Inwieweit wird sich Ihre Partei, im Sinne der Empfehlungen des 17. Altenberichts, für eine zukunftsfähige und verlässlich finanzierte Seniorenpolitik einsetzen?

Wir wollen Bremen und Bremerhaven zu altersfreundlichen und generationengerechten Städten entwickeln, wo ein selbstbestimmtes und zufriedenes Leben im Alter ermöglicht wird. Barrierefreiheit, Begegnungsorte und zu Fuß gut erreichbare Grünflächen mit Sitzgelegenheiten etc. sollen selbstverständlich sein. Mit der durch die Grünen Alten initiierten Veranstaltungsreihe „Altersfreundliches und generationengerechtes Bremen“ wollen wir in den Stadtteilen herausfinden, was die alten Menschen vor Ort brauchen. Zur Beschleunigung der Umsetzungsprozesse wollen wir der Initiative der Weltgesundheitsorganisation „Age-friendly Cities and Communities“ beitreten, einem wachsenden Netzwerk von Städten und Gemeinden, die eine altersfreundliche Gestaltung anstreben. Dieser Austausch weltweiter Praxiserfahrungen unterstützt es, das direkte Wohnumfeld der Bürger*innen gemäß demografischer Herausforderungen zu gestalten, was letztlich natürlich für alle Generationen eine Bereicherung ist.

2. Wir brauchen ein Seniorenmitwirkungsgesetz und fordern die Einrichtung eines Seniorenparlaments. Ist Ihre Partei bereit eine solche Gesetzesinitiative in der Bremer Bürgerschaft zu unterstützen?

Ja, wir Grüne sind bereit, die Einrichtung eines Seniorenmitwirkungsgesetzes zu unterstützen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist uns in der Vergangenheit bereits vorgelegt worden und befindet sich in der Prüfung.

3. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen um Altersarmut zu bekämpfen?

Die Bekämpfung von Armut ist ein zentrales Ziel unserer grünen Politik. Zur Prävention von Altersarmut setzen wir auf ein wirtschaftliches Umfeld, in dem sichere Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Bereichen und allen Gehaltsklassen entstehen, um Altersarmut zu verhindern. Hierfür werden wir beispielhaft den Ausbau von flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie jobbegleitenden Unterstützungsmaßnahmen vorantreiben und uns für die Verbesserung der Angebote für flexible Kinderbetreuung und der Verknüpfung von arbeitsmarktpolitischer Programme mit dem Ausbau der KiTa-Angebote einsetzen.

Für Menschen, die von (Alters-)Armut betroffen sind, wollen wir einen vereinfachten Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Zudem werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Bürgergeld weiter erhöht und an die dynamische Preisentwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst wird.

4. Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass der Fachkräftemangel in den Bremer Pflegeeinrichtungen behoben wird?

Den Fachkräftemangel in der Pflege wollen wir durch bessere Arbeitsbedingungen bekämpfen. Pflegekräfte sollen nicht mehr über ihre Belastungsgrenze gehen müssen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie eine angemessene Bezahlung, mehr Zeitsouveränität und eine familienfreundliche Arbeitsorganisation erhalten, die durch die Nutzung fundierter, wissenschaftlicher Personalbemessungsinstrumente umsetzbar ist. Wir bauen die Zahl der Ausbildungsplätze für Fach- und Assistenzkräfte weiter aus und fördern die Akademisierung der Pflege im Land Bremen. Ausländischen Pflegekräften bieten wir eine transparente und zügige Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse und eine gute Qualifizierung. Wir stellen sicher, dass nötige Weiterbildungen in Bremen in ausreichender Anzahl angeboten werden.

5. Beabsichtigt Ihre Partei die Kosten (Zuzahlungen), die derzeit von den Zupflegenden getragen werden müssen, wieder staatlich zu finanzieren?

Wir wollen – um weitere finanzielle Kostensteigerungen für Bewohner*innen und ihre Angehörigen zu vermeiden – kurzfristig die Übernahme der Investitionskosten durch das Land realisieren und setzen uns für eine Deckelung der Eigenanteile ein.

6. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass bei Einführung des Mobilitätstickets (z. Zt. € 49 in der Diskussion) nicht nur eine digitale Version sondern auch eine seniorenfreundliche analoge Variante eingeführt wird?

Die Entscheidung darüber, ob das sogenannte 49-Euro-Ticket ausschließlich digital oder auch analog zur Verfügung gestellt wird, wird zwischen Bund und Ländern ausgehandelt. Klar ist jedoch, dass es

nicht nur via App, sondern auch als Chipkarte zu kaufen sein soll. Im Sinne der Barrierefreiheit würden wir Grüne es begrüßen, wenn für diese Karte auch ein analoges Antragsverfahren angeboten wird und – zumindest für einen Übergangszeitraum – auch im Papierformat an Automaten erhältlich ist.

7. Werden Sie auf die Entscheidungsträger der Sparkasse Bremen dahingehend einwirken, dass die Geldautomaten-Angebote wieder erweitert werden. Das Ziel muss dabei sein, die Geldversorgung in den Quartieren insbesondere für Seniorinnen und Senioren wieder herzustellen.

Grundsätzlich wollen wir den Rückbau der Nahversorgung umkehren. Älteren Menschen soll es ermöglicht werden, so lange, wie sie wollen, in ihrer gewohnten Umgebung wohnen zu bleiben. Eine Stadt der kurzen Wege erleichtert uns allen das Leben, besonders ältere Menschen sind jedoch darauf angewiesen, die von ihnen benötigten Dienstleistungen sowie Einkaufs- und Kontaktmöglichkeiten in ihrer unmittelbaren Umgebung zu finden. Vor dem Hintergrund haben wir natürlich auch den Anspruch, die Angebote von Kreditinstituten wieder zu erhöhen.

8. Digitale Technologien können älteren Menschen kommunikative Hilfe bei Isolation und zur Vermeidung von Einsamkeitsgefühlen leisten. Wird Ihre Partei den kostenfreien Zugang zu entsprechenden Bildungsangeboten, insbesondere für Rentnerinnen und Rentner mit geringer Alterssicherung ermöglichen?

Ja, wir setzen uns weiterhin für niedrigschwellige Zugänge zu entsprechenden Bildungsangeboten ein. Auch wir sehen in der Digitalisierung einen wichtigen Baustein im Kampf gegen Einsamkeit im Alter, weshalb wir weiterhin auf die Vermittlung und Weiterbildung von Digital- und Medienkompetenz innerhalb der Quartiere setzen. Nachbarschaftliche Hilfsnetzwerke mit gegenseitiger Unterstützung, öffentliche Einrichtungen wie Quartierszentren mit Sozial- und Gesundheitsleistungen, Dienstleistungszentren und Begegnungsräume mit entsprechenden Ansprechpersonen und Hilfsangeboten wollen wir intensiver fördern und an neue Bedarfe anpassen.

9. Es gibt einen enormen Aufholbedarf beim Bau von geförderten, altengerechten Wohnungen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der aktuelle und prognostizierte Bedarf für Bremen und Bremerhaven detailliert erfasst und ein Zukunftsprogramm entwickelt wird?

In der Vergangenheit haben wir den Anteil von Sozialwohnungen bei Neubauprojekten auf 30 Prozent erhöht und werden den Bau von sozial gefördertem Wohnraum zukünftig noch einfacher und schneller gestalten. Den Anteil von sozial gefördertem Wohnraum wollen wir weiter erhöhen und dauerhaft sichern. Durch unser Programm der „Landeswohnraumförderung“ wurde der Grundstein für 10.000 neue Wohnungen im Land Bremen gelegt. Wir wollen auch in Zukunft ambitioniert handeln, um sozial gefördertem Wohnraum für ältere Menschen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Anzahl an rollstuhlgerechten Wohnungen, sogenannten „R-Wohnungen“, erhöhen und setzen uns dafür ein, dass barrierefreie Wohnungen bevorzugt an Menschen vermittelt werden, die sie tatsächlich benötigen.

10. Straftaten zum Nachteil älterer Menschen spielen in Bremen eine große Rolle. Wird Ihre Partei für besseren Schutz und bessere Information der älteren Menschen sorgen und die Präventionsarbeit weiter verstärken?

Ja, wir wollen die Maßnahmen gegen Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM-Delikte) weiter verstärken. Hierfür setzen wir u. a. auf eine personelle Verstärkung der Polizei in Bremen und

Bremerhaven. In Bremen wollen wir die Zahl der Polizeibeamt*innen bis zum Jahr 2025 auf 2.900 erhöhen und in Bremerhaven zunächst auf 560. Auch die Staatsanwaltschaft und den Justizvollzug wollen wir personell aufstocken.

Nicht zuletzt sollen die Stellen der Kontaktpolizist*innen auf 110 erhöht und verlässlich besetzt werden. Sie leisten wertvolle Arbeit im direkten Umfeld von älteren Menschen, indem sie sie gezielt ansprechen und sie für den Umgang mit verdächtigen Personen und Anrufen sensibilisieren.